Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene 9 mm-Zeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpfg., die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 270 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 18. November 1932

Die Reichsregierung zurückgetreten.

Hindenburg verhandelt selbst mit den Parteiführern.

Die amtliche Mitteilung über den Rücktritt des Reichskabinetts.

Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichskanzler erstattete am Donnerstag dem Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die er im Auftrage des Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration gepflogen hat. Während die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, daß sie jede solche Konzentration begrüßen, die die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage sein würde, hat der Führer des Zentrums der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ihm Führung und Zusammensetzung des gegenwärtigen Kabinetts nicht geeignet erscheine, den Zusammenschluß dieser Kräfte sicherzustellen. Die SPD. hat den Wunsch des Kanzlers zu einer Unterhaltung über die Mitarbeit in einer nationalen Notgemeinschaft schroff abgelehnt. Die NSDAP. hat mitgeteilt, daß sie nur unter gewissen Vorbedingungen zu schriftlichen Verhandlungen bereit sei, wobei sie es von vornherein ablehnt, das von der Reichsregierung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen.

In dieser Lage glaubte die Reichsregierung, die unter Einsatz aller ihrer Kräfte versucht hat, den ihr vom Reichspräsidenten am 1. Juni erteilten Auftrag auszuführen, im besten vaterländischen Interesse zu handeln, wenn sie ihn in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegt. Sie handelt dabei — ohne den Grundsatz autoritärer Staatsführung preiszugeben — nach dem von ihr schon vielfach ausgesprochenen Prinzip, daß Rücksichten auf Personen in dieser so ernsten Stunde keinen Raum haben können. Sie wünscht, dem Reichspräsidenten den Weg völlig frei zu machen, damit er als der Führer der Nation und gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen möge, die allein den Weg der deutschen Zukunft sichern kann.

Der Reichspräsident nahm den Rücktritt der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte.

Hindenburg empfängt die Parteiführer.

Zunächst Hugenberg, Kaas und Dingeldey. — Hitler und Schäffer nach Berlin gebeten.

Die Entscheidung über die weitere Entwicklung der innenpolitischen Verhältnisse ist nach dem Rücktritt des Kabinetts von Papen nunmehr in die Hände des Reichspräsidenten und der führenden Politiker übergegangen, deren Aufgabe es sein wird, einen Weg aus den Schwierigkeiten zu finden. Von zuständiger Stelle wird zur Erläuterung der kommenden Ereignisse darauf hingewiesen, daß es sowohl im Interesse der Sache als auch im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft liege, wenn dieser Zwischenzustand, der zur Zeit bestehe, nicht allzu lange andauere.

Der Reichspräsident hat zunächst eine Anzahl Parteiführer zu sich gebeten, um mit ihnen in den nächsten Tagen Einzelbesprechungen abhalten zu können. Diese Besprechungen sollen aber noch keinen endgültigen Charakter haben. Sie dienen dem Zweck, den Reichspräsidenten über die Auffassung der Parteiführer zu unterrichten.

Reichspräsident von Hindenburg legt Wert darauf, daß die eingeladenen Parteiführer nach Abschluß der Besprechungen zunächst in Berlin bleiben, um auch untereinander Fühlung zu nehmen, damit sie in der nächsten Woche dem Reichspräsidenten bestimmte Vorschläge machen können, die nicht nur die Personenfrage umfassen sollen, sondern vor allen Dingen auch das wirtschaftliche und politische Programm, das nach Ansicht der Parteiführer durchzuführen wäre.

Für Freitag sind zunächst Hugenberg für die Deutschnationalen, Kaas für das Zentrum und Dingeldey für die Deutsche Volkspartei zu Einzelbesprechungen eingeladen. Für Sonnabend sind der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, und für die Bayerische Volkspartei Staatsrat Schäffer zur Unterredung mit dem Reichspräsidenten nach Berlin gebeten worden. Die in Berlin weilenden Herren haben bereits zugesagt.

Über den Inhalt der Einzelbesprechungen wird, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, zunächst nichts bekanntgegeben werden. Die an den Verhandlungen teilnehmenden Herren werden ebenfalls gebeten, nichts mitzuteilen, bis ein Ergebnis vorliegt. In Berliner politischen Kreisen nimmt man an, daß die oben beschriebenen Besprechungen etwa Mitte nächster Woche abgeschlossen sein können. Dann werden voraussichtlich Vorschläge für weitere abschließende Besprechungen gemacht werden.

Die Sozialdemokraten sind nach dem Ton und dem Inhalt ihres letzten Antwortschreibens an den Reichskanzler nicht zu diesen Besprechungen eingeladen worden.

Sollte trotz des dringenden Wunsches des Reichspräsidenten aus diesen Besprechungen ein Kabinett der nationalen Konzentration nicht hervorgehen, so hält man es in politischen Kreisen nicht für ausgeschlossen, daß dann der Reichspräsident ohne Rücksicht auf die auseinanderstrebenden Wünsche der Parteien einen Mann seines Vertrauens zum Reichskanzler ernennen wird. Theoretisch könnte dies wiederum Herr von Papen sein, in gutunterrichteten Kreisen glaubt man aber, daß der Reichspräsident dann einen anderen Mann seines Vertrauens zum Reichskanzler ernennen würde.

*

Die Bayrische Volkspartei zur Lage.

Die Bayrische Volkspartei-Korrespondenz schreibt zu dem Rücktritt der Regierung von Papen unter anderem: Der Zweck dieser Demission müsse zunächst darin bestehen, daß der Reichspräsident die Frage nach der Möglichkeit einer sogenannten nationalen Konzentration prüfe. Es werde nicht Sache der Parteien, sondern der präsidialen Seite sein, die Person zu nennen, die für eine neue Regierung in Frage kommen solle. In eine wirklich nationale Konzentration müsse auch die Sozialdemokratische Partei einbegriffen werden. Das Wirtschaftsprogramm des Herrn von Papen müsse als feststehende Tatsache hingenommen werden, doch sei es notwendig, die Senkung der Tariflöhne bei Neueinstellung von Arbeitern zu beseitigen und die allgemeine Ermächtigung zur Änderung der Sozialgesetzgebung auf das notwendigste Maß einzuschränken. Es sei eine Selbstverständlichkeit, daß die Partei nur eine Reichsregierung unterstützen könne, die sich zum mindesten die Sicherungsforderungen zu eigen mache, die der bayrische Ministerpräsident der Reichsregierung unterbreitet habe.

*

Erste Pressestimmen zur Kabinettskrise.

Einige Berliner Blätter nehmen ausführlich zu dem Rücktritt der Regierung von Papen Stellung. Unter der Überschrift „Hitlers Betrauung notwendig" schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", daß der Rücktrittsentschluß des Kabinetts trotz der Verspätung zu begrüßen sei. Die Betrauung Hitlers mit der Regierungsbildung scheine der nächstliegende und gangbarste Ausweg zur Entwirrung der Krise und zur Klärung der politischen Möglichkeiten der Zukunft zu sein. Erst wenn sich gezeigt hätte, daß Hitler die Durchführung dieses Auftrages unmöglich sei, könne eine andere Persönlichkeit mit der Bildung einer Regierung der großen nationalen Konzentration betraut werden. „Der Tag" befaßt sich mit dem Gedanken der autoritären Staatsführung und schreibt, der Natur der autoritären Staatsführung entsprechend, könne bei diesem Stand der Dinge die Entscheidung nur autoritär sein. Hindenburg sei Schöpfer und Garant des neuen Kurses, von dem es keine Umkehr gebe. Die „Tägliche Rundschau" sagt, man habe diesem Kanzler bis zur allerletzten Minute Zeit gegeben, den Beweis für seinen Optimismus zu erbringen. Es sei nunmehr der Augenblick gekommen, die Fäden da wieder anzuknüpfen, wo sie durch Herrn von Papen zerrissen worden seien. Es sei heute vielleicht der letzte Augenblick, die Kräfte der nationalsozialistischen Bewegung in den Staat einzubauen.

*

Düstere Betrachtungen in Frankreich.

Noch ehe die amtliche Mitteilung über den Rücktritt des bisherigen Reichskanzlers von Papen vorlag, haben sich einige Pariser Abendblätter beeilt, ihm einen nicht gerade freundlichen Nachruf zu widmen. Der „Temps" sieht voraus, daß Papen von der politischen Bühne Deutschlands endgültig abtreten, daß deshalb aber die von ihm begonnene Politik nicht aufgegeben werden werde. Es sei zu befürchten, daß die allgemeine Demoralisierung, die dem gegenwärtigen Chaos zugrunde liege, sich noch lange jenseits des Rheins auswirke. Die „Liberté" schreibt, die Zukunft sei voller Unsicherheiten. Der Nationalsozialismus Hitlers, der Militarismus General von Schleichers und der Kommunismus bedeuteten nur verschiedene Formen des Widerstandes gegen den Vertrag von Versailles. Eine so unerwünscht wie die andere.

*

Die Stellungnahme der Deutschnationalen

Zum Kabinettsrücktritt.

Von deutschnationaler Seite wird zu den Ereignissen des 17. November u. a. wie folgt Stellung genommen: Eine Krise der Parteien, die im Wahlkampf gegen die Regierung Papen und gegen das von der DNVP. verfochtene antiparlamentarische Prinzip standen, ist in eine Krise der Regierung umgefälscht worden. Das Angebot der Gesamtdemission des Kabinetts war nicht erforderlich. Es handelte und handelt sich um die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsprogramms und die zu seiner Durchsetzung notwendigen, im Rahmen des Kabinetts lösbaren Personalmaßnahmen.

Das schwere Geschütz der Gesamtdemission brauchte für diesen Zweck um so weniger aufgefahren zu werden, als die gegen eine antiparlamentarische Staatsführung stehenden Kräfte nur in der Verneinung einig sind und weder in den großen politischen noch in den brennenden wirtschaftlichen Fragen den Beweis der Einigung und der Leistung erbracht haben. Sie werden ihn auch nicht erbringen.

„Wir sehen in dem Feldmarschall von Hindenburg den Garanten dafür, daß der gegen den Versailler Druck und den Weimarer Mehrheitswahn beschrittene Weg über alle Kabinettstaktik hinweg zum Siege geführt wird."

Ernsten Stunden entgegen.

Der Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, hielt bei einer Truppenbesichtigung eine Rede, in der er darauf aufmerksam machte, daß Deutschland sehr ernsten Zeiten entgegensehe, in denen der militärische Geist notwendiger sei denn je.

Männer, die genannt werden.

Politiker, die bei den Verhandlungen um die Neubildung der Regierung genannt werden: (Oben, von links): Prälat Kaas (Deutsche Zentrumspartei) — Dr. Goerdeler, der frühere Oberbürgermeister von Leipzig und Preisenkungskommissar; (unten von links): Gregor Strasser (NSDAP. — Reichskommissar Dr. Bracht — Dr. Stegerwald, der frühere Reichsarbeitsminister — Dr. Geßler, ehemaliger Reichswehrminister.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF